

Weil das neue Kaiserslautern Military Community Medical Center, ein völlig überflüssiges US-Militärkrankenhaus in der Westpfalz, unbedingt gebaut werden soll, versuchen Vertreter von Bundes- und Landesbehörden und DIE RHEINPFALZ immer noch zu tricksen.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 023/13 – 22 .02.13

Absurdes Tauziehen um den völlig überflüssigen Neubau eines US-Militärkrankenhauses in der Westpfalz

Erst war das neue US-Luxuslazarett, das in einem leeren US-Munitionsdepot bei Weilerbach in der Westpfalz gebaut werden soll, so geheim, dass monatelang nichts Konkretes über die Planungen an die Öffentlichkeit dringen durfte, wegen der Wahl der/s Bürgermeisterin/s der Verbandsgemeinde Weilerbach im Juni und des Bundestages im September 2013 jagen sich nun aber plötzlich so genannte "Informationsveranstaltungen".

Aber weder auf der noch schnell zur Bürgerversammlung umfunktionierten Kreisdelegiertenkonferenz der SPD, die am 14.02.13 im Bürgerhaus Rodenbach stattfand, noch auf dem am 18.02.13 am gleichen Ort veranstalteten Informationsabend, zu dem die CDU-Bürgermeisterin Anja Pfeiffer der Verbandsgemeinde Weilerbach eingeladen hatte, wurden wichtige Fragen aus den Reihen der zahlreich erschienenen Bürger zufriedenstellend beantwortet.

Die auf der SPD-Veranstaltung für den kurzfristig erkrankten SPD-Innenminister Roger Lewentz eingesprungene Staatssekretärin Heike Raab ist zwar für den Bereich Streitkräfte zuständig, plauderte aber eigentlich nur aus, dass der vorherige SPD-Innenminister Karl Peter Bruch insgesamt 16 mal nach Washington ge-



So soll es nach derzeitiger Planung einmal aussehen: das neue US-Hospital nahe der Air Base Ramstein. FOTO: ARCHIV

Grafiken aus der RHEINPALZ vom 30.11.12 (oben) und 20.02.13 (unten)



So sieht die jüngste Hospital-Planung im Ex-Munitionsdepot aus. Am Montag wurde sie vorgestellt.

FOTO: LBB

reist ist, um dort um den Verbleib möglichst vieler US-Militärs in Rheinland-Pfalz zu betteln, und dass sie mit Bruch-Nachfolger Lewentz diese unsägliche Tradition fortsetzt. Sie gab auch zu, dass die Finanzierung des US-Bauvorhabens noch keineswegs gesichert ist und konnte eine Beteiligung des Landes Rheinland-Pfalz an den horrenden Kosten für die flankierenden Straßenbaumaßnahmen nicht ausschließen. Auf Fragen nach dem viel kostengünstigeren Ausbau des bereits vorhandenen, hervorragenden US-Hospitals Landstuhl antwortete sie, die US-Streitkräfte hätten eben anders entschieden. Eine Antwort auf den Hinweis, dass die Bundesrepublik seit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten wieder die volle Souveränität über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten hat und dieses Ansinnen einfach hätte zurückweisen können, blieb sie schuldig.

Auch der SPD-Landtagsabgeordnete Thomas Wansch und der SPD-Bundestagsabgeordnete Gustav Herzog hatten keine Einwände gegen den Hospital-Neubau. Herzog erklärte: "Wenn wir noch in der EU und in der Welt wahrgenommen werden wollen, müssen wir an der Seite der USA bleiben."

Die besorgte Nachfrage der ehemaligen rheinland-pfälzischen SPD-Kultusministerin Rose Götte nach der Gefährdung des Grundwassers in dem an die Baustelle angrenzenden Wasserschutzgebiet wurde mit der Versicherung, das Grundwasser werde laufend überwacht, einfach vom Tisch gewischt.

Die CDU-Verbandsbürgermeisterin Anja Pfeiffer hatte zwar mehr Experten aus Bundes- und Landesbehörden als die SPD aufgeboten, aber der Informationsgehalt ihrer Veranstaltung blieb ähnlich dürftig. Finanzstaatssekretär Salvatore Barbaro, der Landeskoordinator für das US-Projekt, teilte mit, dass mit der Bundesregierung wegen der versprochenen Übernahme sämtlicher Straßenbaukosten verhandelt werde, und hofft immer noch auf eine einvernehmliche Lösung. Wie die aussehen könnte, ließ er allerdings offen. Vermutlich werden das Land Rheinland-Pfalz und der Kreis Kaiserslautern den Löwenanteil der Kosten für den Ausbau der Landesstraße 369, der Kreisstraße 25 und aller Kreisel und Brücken tragen müssen – mit Ausnahme der Kosten für die direkten Zugänge zur Air Base Ramstein und zum neuen Hospital. Die nicht von den US-Streitkräften zu bezahlenden sonstigen Straßenbaumaßnahmen sind mit rund 20 Millionen Euro viel zu niedrig veranschlagt und werden sich mindestens verdoppeln, vermutlich sogar mehr als verdreifachen.

Christoph Strohschneider, der Leiter der Abteilung Bundesbau bei der Oberfinanzdirektion Koblenz, überraschte zunächst mit einer neuen grafischen Darstellung des Hospital-Neubaus, die stark von der bisherigen Planung abweicht, auch wenn Frau Anke Herbert von der RHEINPFALZ "außer weniger Parkplätzen und einer zusätzlichen Freifläche, auf der im Notfall Container platziert werden können, an dem Gebäudetrakt keine erkennbaren Änderungen" bemerkte.

Beim Vergleich der auf Seite 1 abgedruckten beiden Grafiken sind sehr wohl gravierende Unterschiede festzustellen. Auf der oberen Grafik ist der alte Planungszustand aus dem Norden, auf der unteren der neue Planungszustand aus dem Westen zu sehen. In der neuen Planung sind der auf der oberen Grafik in der Bildmitte vorgesehene elliptische Verwaltungstrakt und der schräg dahinter liegende v-förmige Bettenbau verschwunden, und das eine große Parkhaus hat sich in zwei etwas kleinere verwandelt. Auf der unteren Grafik wurden die einzelnen Gebäude und die etwas oberhalb der Mitte fast am rechten Bildrand zu sehende Freifläche enger zusammengedrückt, und der gesamte Baukomplex wirkt etwas kompakter.

Die von den beiden Naturschutzverbänden NABU und BUND vor Gericht durchgesetzte Beteiligung der Öffentlichkeit an der Umweltverträglichkeitsprüfung handelte Herr Stroh-

schneider sehr schnell und wenig begeistert ab. Erst auf mehrmaliges Nachfragen betätigte er, dass jetzt nicht nur die beiden Verbände, sondern alle sich betroffen fühlenden Bürger umfassend über die geplante Baumaßnahme informiert werden müssen und Einwände gegen den geplanten Hospital-Neubau vorbringen können. Welche Behörde die Umweltverträglichkeitsprüfung durchführen und die Einsprüche entgegennehmen muss, wird von der für zuständig befundenen Bundesanstalt für Immobilienaufgaben / BImA noch geprüft. Vermutlich wird es die Forstverwaltung bei der Struktur- und Genehmigungsdirektion / SGD Süd in Neustadt an der Weinstraße sein. Strohschneider möchte das ganze Verfahren in 6 bis 9 Monaten abgewickelt sehen und noch im Herbst 2013 mit den per Gerichtsentscheid aufgeschobenen Rodungsarbeiten beginnen.

Auch in der "Informationsveranstaltung" der CDU-Verbandsbürgermeisterin Anja Pfeiffer wurden Bürgerfragen zu einer möglichen Verschmutzung des Grundwassers im Wasserschutzgebiet, zur Gefährdung der Wasserversorgung für 127 Gemeinden und zur "Entsorgung" nicht vorgeklärter gefährlicher Klinikabwässer per Druckleitung zur Kläranlage der Stadt Kaiserslautern mit Hinweisen auf ständiges "Monitoring" – das neue Zauberwort für Überwachung – blitzschnell abgewimmelt. Auf Fragen zu neuen Arbeitsplätzen für deutsche Zivilbeschäftigte in dem geplanten US-Hospital und zu Lärmschutzmaßnahmen gegen das zu erwartende höhere Verkehrsaufkommen in den angrenzenden Stadtteilen und Gemeinden wurden ebenfalls sehr ausweichend reagiert.

Die zwei Vertreter des immer noch auf Bonn und Berlin aufgeteilten Bundesbauministeriums äußerten sich nur sehr zurückhaltend zur Fragen der Kostenaufteilung für die flankierenden Straßenbaumaßnahmen, behaupteten aber, die Finanzierung des Hospital-Neubaus sei vom US-Kongress bereits beschlossen worden. Unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP01413_270113.pdf ist nachzulesen, dass diese Aussage falsch ist.

In beiden gut besuchten Veranstaltungen sollte den Bürgern kein klarer Wein eingeschenkt, sondern eher Sand in die Augen gestreut werden. Sowohl die schwarz-gelbe Bundesregierung als auch die rot-grüne rheinland-pfälzische Landesregierung wollen das Kaiserslautern Military Community Medical Center / KMCMC, ein völlig überflüssigen US-Luxuslazarett (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_12/LP19112_051112.pdf), für das auch die deutschen Steuerzahler mindestens 150 Millionen Euro aufbringen müssten, aus unerfindlichen Gründen möglichst schnell und geräuschlos fertigstellen. Der Neubau könnte aber zumindest verzögert und sehr wahrscheinlich sogar ganz verhindert werden, wenn möglichst viele sich betroffen fühlende Bürger gut begründete Einwände dagegen vorbrächten und bei Ablehnung ihrer Einsprüche bereit wären, sich zu einer gemeinsam zu finanzierenden Sammelklage gegen das Bauvorhaben zusammenzuschließen (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_12/LP20612_101212.pdf).

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern